

**Antrag 2022/A/4**  
**AfA Rheinland-Pfalz****Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisen an: Bundesparteitag, Bundes-**  
**tagsfraktion****Reguläre Beschäftigungsverhältnisse stärken - Arbeit auf Abruf verhindern**

- 1 Das reguläre Beschäftigungsverhältnis, das
- 2 Normalarbeitsverhältnis, unbefristet, sozi-
- 3 al abgesichert, tariflich bezahlt muss wie-
- 4 der zum Normalfall werden.
- 5 Die SPD hat in den vergangenen Jahren
- 6 neben vielen Verbesserungen den gesetzli-
- 7 chen Mindestlohn und die Regulierung bei
- 8 Leiharbeit durchgesetzt. Dieser Weg muss
- 9 konsequent weitergegangen werden.
- 10 Wir fordern, dass reguläre Beschäftigungs-
- 11 verhältnisse gestärkt werden:
- 12 Damit das Normalarbeitsverhältnis, unbe-
- 13 fristet, sozial abgesichert, tariflich bezahlt,
- 14 wieder zum Normalfall wird fordern wir
- 15 deshalb die SPD Gremien, insbesondere die
- 16 SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür ein-
- 17 zusetzen bzw. gesetzlich auf den Weg zu
- 18 bringen, dass
- 19 • prekäre Beschäftigung – , geringfü-
- 20 gige Beschäftigung eingedämmt, ins-
- 21 besondere Befristungen ohne sachli-
- 22 chen Grund abgeschafft und Befris-
- 23 tungsgründe eingeschränkt werden
- 24 • ein armutsfester Mindestlohn - ohne
- 25 Ausnahmen und mit wirkungsvollen
- 26 Kontrollen bei entsprechender Aus-
- 27 stattung mit Kompetenzen und Per-
- 28 sonal eingeführt wird
- 29 • die Reform der Minijobs auf Basis des
- 30 DGB-Modells erfolgt und klare Kri-
- 31 terien zur Abgrenzung zwischen ab-
- 32 hängiger Beschäftigung und (Solo)-
- 33 Selbständigkeit geschaffen werden
- 34 • eine intensivere und praxistaugli-
- 35 che Bekämpfung des Missbrauchs

36 von Leiharbeit, Werkverträgen und  
37 Scheinselbstständigkeit erfolgt. Der  
38 Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche  
39 Arbeit am gleichen Ort“ muss  
40 eingehalten werden.

41 • Arbeit auf Abruf darf es nur in Aus-  
42 nahmen und unter der Vorausset-  
43 zung ordentlicher Normalarbeitsver-  
44 hältnisse in Vollzeit geben

45 • die Tarifbindung erhöht wird,  
46 beispielsweise durch die Verein-  
47 fachung der Allgemeinverbind-  
48 lichkeitserklärung von Tarifverträgen,  
49 u. a. durch Mehrheits-erfordernis bei  
50 der Ablehnung eines entsprechenden  
51 Antrags und der Nachwirkung von  
52 Tarifverträgen bei Ausgründungen,  
53 Organisationsänderungen oder Ver-  
54 lassen des Tarifbereichs durch den  
55 Arbeitgeber

56 • die betriebliche Mitbestimmung aus-  
57 gebaut wird und eine härtere Bestra-  
58 fung der Behinderung gewerkschaft-  
59 licher Arbeit erfolgt

60 • die Mitbestimmung in wirtschaftli-  
61 chen Angelegenheiten muss gestärkt  
62 werden damit eine Zergliederung der  
63 Betriebe in viele kleine neue Firmen  
64 erfolgreich verhindert und Beschäf-  
65 tigte durch Umstrukturierung nicht  
66 entrechtet werden

67 • Verbandsklagerecht der Gewerk-  
68 schaften entwickelt wird

69 Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt  
70 durch wirksame Kontrollen des Arbeits-  
71 und Sozialrechts und bessere und bundes-  
72 weite Koordinierung durchgesetzt und ein  
73 besserer arbeits- und sozialrechtlicher Rah-  
74 men für sichere Arbeit geschaffen wird.

75

**76 Begründung**

77 Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist die  
78 Voraussetzung für gleichberechtigte ge-  
79 sellschaftliche Teilhabe und ein gutes  
80 Leben. Doch das Normalarbeitsverhältnis  
81 – Vollzeit, sozialversicherungspflichtig,  
82 tariflich abgesichert, unbefristet und Exis-  
83 tenz sichernd – wird mehr und mehr durch  
84 prekäre Beschäftigung – Teilzeit, geringfü-  
85 gige und/oder befristete Beschäftigung,  
86 Leiharbeit sowie fehlende Tarifbindung  
87 zurückgedrängt.

88 Vor allem im Einzelhandel ist es gang und  
89 gäbe, dass den MitarbeiterInnen vertrag-  
90 lich nur sehr wenige Wochenarbeitsstun-  
91 den (z.B. 10 oder 15) zugesichert werden. Ist  
92 viel Arbeit werden sie bis zu Vollzeit und  
93 darüber hinaus (ohne Mehrarbeitsstunden)  
94 eingesetzt. Gibt es weniger Arbeit fallen  
95 sie auf ihre Mindeststunden. Damit Kann  
96 keine Lebensgrundlage geschaffen (die al-  
97 lermeisten benötigen konstante Stunden  
98 um „Überleben“ zu können). Betroffen sind  
99 vor allem Frauen. Der Arbeitgeber verlagert  
100 sein Risiko auf die Beschäftigten.

101 Gesellschaftliche Teilhabe wird erschwert,  
102 Freizeitgestaltungsmöglichkeiten schwin-  
103 den, auch die betriebliche Mitbestimmung  
104 wird untergraben. Vor allem durch den  
105 unsicheren Status der Beschäftigung wer-  
106 den prekär Beschäftigte zu Arbeitnehmern  
107 zweiter Klasse und stehen in ständiger Kon-  
108 kurrenz zu den „noch Gesicherten“. Dies er-  
109 schwert nicht nur die Arbeit der Betriebs-  
110 und Personalräte und der Gewerkschaften,  
111 sondern führt zur sozialen Spaltung der  
112 Lohnabhängigen. Auf diesem Nährboden  
113 gedeiht letztlich Rechtspopulismus. Prekä-  
114 re Beschäftigung trägt auch nicht dazu bei,  
115 Menschen den Sprung in den normalen

116 Arbeitsplatz zu ermöglichen, wie oft und  
117 gerne von der Arbeitgeberlobby behauptet.  
118 Zusätzlich erfordert der Wandel in der Ar-  
119 beitswelt neben der Absicherung von Be-  
120 schäftigungsverhältnissen auch neue De-  
121 finitionen des regulären Beschäftigungs-  
122 verhältnisses bzw. des Normalarbeitsver-  
123 hältnisses.